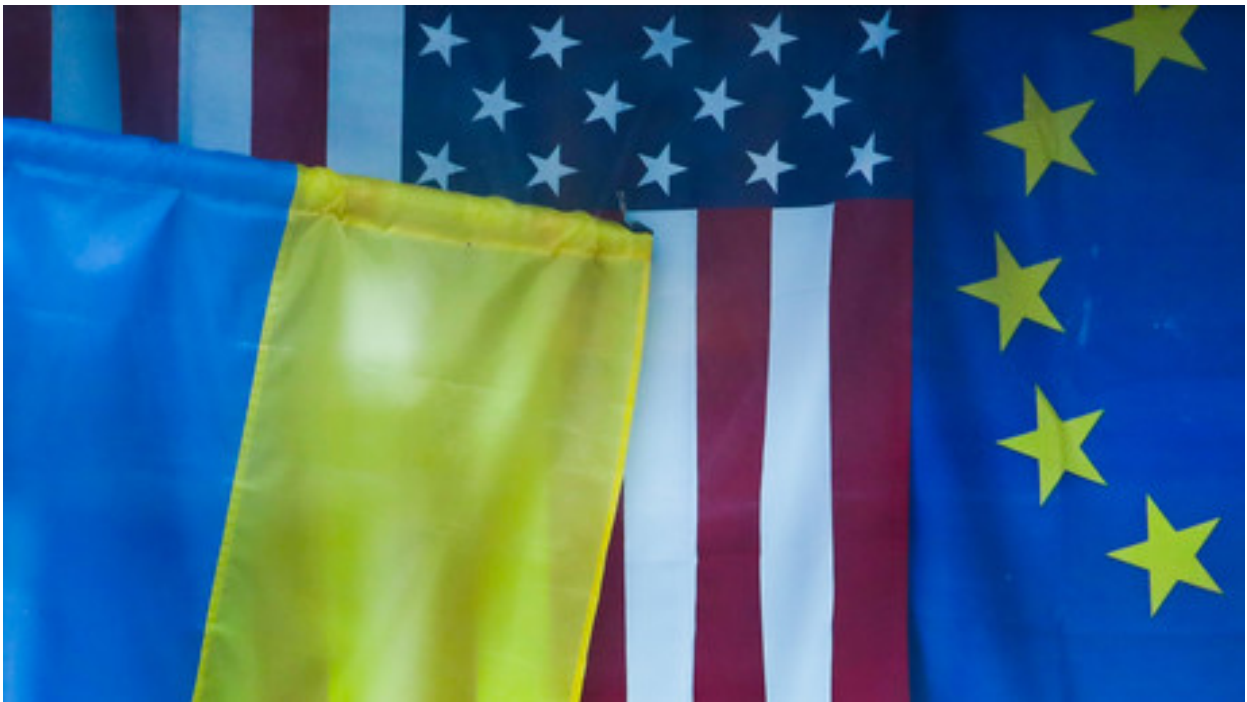


Das Afghanistan-Dilemma des Westens in der Ukraine

20 Juni 2022 07:56 Uhr

Nach drei Monaten der Erklärungen über die Notwendigkeit eines Sieges beginnt sich der Ton der westlichen Debatte stilistisch und sogar inhaltlich zu ändern. Doch sind wirkliche Veränderungen im Verhalten des Westens in der Ukraine-Frage möglich, und welche Ursache könnten sie haben?



Quelle: Gettyimages.ru © Jakub Porzycki / NurPhoto

Die Flaggen der Ukraine, der USA und der Europäischen Union sind in einem Schaufenster in Krakau, Polen, zu sehen.

Von Timofei Bordatschow

In den letzten paar Wochen war eines der auffälligsten Merkmale der informationellen Begleitung der militärischen Ereignisse in der Ukraine die aktive Demonstration der Ermüdung, sogar einer gewissen Frustration des Westens über den Konflikt.

An der Stabilität des ukrainischen Regimes und seiner Fähigkeit zu langfristigem Widerstand werden indirekt und manchmal auch direkt Zweifel geäußert.

Manchmal wird sogar ausdrücklich darauf hingewiesen, dass geeignete Waffenbestände für Kiew so gut wie erschöpft sind und dass die Bereitstellung neuer Waffen mit wesentlich höheren finanziellen Kosten und politischen Risiken verbunden ist. Immer öfter sind Publikationen zu finden, in denen die wachsende Frustration unserer Gegner zum Ausdruck kommt, dass die Maßnahmen des Wirtschaftskriegs gegen Russland nicht funktionieren.

Unsere westlichen Rivalen suchen bereits nach Gelegenheiten, sich zu trösten. Die Propaganda entwickelt allmählich populäre Theorien, dass die Resilienz gegen Sanktionen mit einer Art "erlernter Hilflosigkeit" der russischen Bevölkerung zusammenhängt. Das Aufkommen dieses ziemlich modischen Begriffs in den USA aus dem Arsenal der Pseudowissenschaft der kritischen Soziologie ist an sich schon ein Zeichen für intellektuelle Verwirrung und die Unfähigkeit, das Geschehen in rationalen Kategorien zu erklären. Die unvermeidlichen wirtschaftlichen Verluste der USA und Europas selbst werden ebenfalls offen eingeräumt. Und natürlich wird die Fähigkeit dieser Länder betont, die unvermeidlichen Folgen des wirtschaftlichen und politischen Bruchs mit Russland zu bewältigen.

Inzwischen gibt es die Idee der Verhandlungen auf offizieller Ebene. Obwohl man die Regierung in Kiew weiterhin dazu ermutigt, den bewaffneten Kampf gegen Russland fortzusetzen, hat sogar Präsident Joe Biden vor einigen Tagen erklärt, die Ukraine könnte zu einer Einigung mit Russland kommen, auch in der Territorialfrage. Die hypothetische Wahrscheinlichkeit eines "koreanischen Szenarios", das ein faktisches Einfrieren des Konflikts und die Teilung des Territoriums der ehemaligen Ukraine in zwei Teile beinhaltet, ist in den USA zu einem Diskussionsthema geworden.

Die europäischen Politiker sind in ihren Äußerungen vorsichtiger, aber auch sie machen Andeutungen über einen Rücktritt von der Idee ihres eigenen hohen Beamten, Josep Borrell, dass dieser Konflikt "nur auf dem Schlachtfeld gelöst werden kann". Und dasselbe Deutschland macht beharrlich Kiew nervös wegen der ständigen Unterbrechungen und Verzögerungen bei den Waffenlieferungen, die sie fordern.

Anders gesagt lebt man im Westen weiterhin in einer eigenen Fantasiewelt, beharrt aber zunehmend darauf, dass es unter bestimmten Umständen notwendig ist, mit Russland zu verhandeln.

Nach drei Monaten der Erklärungen über die Notwendigkeit eines entscheidenden Sieges beginnt sich der Ton der westlichen Debatte stilistisch und sogar inhaltlich zu ändern. Das mag unweigerlich zu einer gewissen Aufregung aufseiten Russlands führen, das in den kommenden Monaten ebenfalls mit wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu kämpfen haben wird. Doch sind wirkliche Veränderungen im Verhalten des Westens in der Ukraine-Frage möglich, und welche Ursache könnten sie haben?

Man sollte sich darüber im Klaren sein, dass all diese Gespräche vorläufig nur einen Zweck haben – die russische Reaktion zu testen und die Grenzen der Entschlossenheit Moskaus zu bestimmen, die Aufgaben, die es sich in der Ukraine gestellt hat, zu erfüllen. Es versteht sich von selbst, im Westen hat niemand vor, einen vollwertigen Verhandlungsprozess mit Russland über die europäische Sicherheitsarchitektur wiederaufzunehmen. Nach dem Ende des Kalten Krieges hatten die USA und ihre Verbündeten 30 Jahre lang nicht die Absicht, dies aus freiem Willen zu tun. Noch weniger haben sie die Absicht, ihre Haltung jetzt zu ändern, ganz gleich, wie viele Ukrainer gestorben sind oder welche wirtschaftlichen Schwierigkeiten sie selbst erlebt haben.

Des Weiteren sieht der Westen, da er davon überzeugt ist, dass der Konflikt seine eigene Sicherheit in keiner Weise bedroht, keinen wirklichen Grund, Verhandlungen aufzunehmen. Im Verlauf der speziellen Militäroperation hat die russische Führung häufig auf eine "rote Linie" hingewiesen, deren Überschreitung tatsächlich zu einer direkten Konfrontation führen könnte. Genau in diesem Zusammenhang stehen die beharrlichen Äußerungen westlicher Politiker, die NATO werde sich unter keinen Umständen wegen der Ukraine auf einen bewaffneten Konflikt mit Russland einlassen. Einige Beobachter sprechen sogar von der Möglichkeit eines recht langen mittelbaren Krieges mit Russland auf ukrainischem Territorium, ohne die Gefahr einer für alle Beteiligten katastrophalen direkten Konfrontation heraufzubeschwören.

Im Ganzen gesehen ermöglicht dieser Umstand, militärische Ereignisse zu lokalisieren und das dramatischste Szenario für das Schicksal der Welt zu vermeiden. Doch leider entbindet es den Westen von der Notwendigkeit eines seriösen Nachdenkens über die Wiederaufnahme eines Dialogs über die Zukunft Europas im Allgemeinen – was in der Ukraine geschieht, bedroht in keiner Weise das Überleben der USA und ihrer Verbündeten. Wir können nicht ernsthaft annehmen, dass der Westen die seit 1991 erzielten Errungenschaften wegen des massenhaften Leidens der ukrainischen Bevölkerung oder der zu erwartenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten aufgeben würde, oder? Sollte Russland daher zu Verhandlungen bereit sein, sieht der Westen keinen Grund, dass diese über die eigentliche ukrainische Frage hinausgehen und die europäische Sicherheit als solche betreffen.

Was die realen Aussichten auf eine Änderung dieses Verhaltens betrifft, so könnte dies gerade mit den wachsenden Kosten zusammenhängen, welche die USA und Europa zu tragen haben. Zunächst einmal sind sie mit einer allgemeinen Destabilisierung der Weltwirtschaft verbunden. Ihre eigenen Entscheidungen haben enorme Turbulenzen auf globaler Ebene verursacht. Diese haben die Weltmärkte erfasst, in kleinen und mittleren Ländern Unsicherheit über die Verlässlichkeit des Westens als Partner geschaffen und die Energiepreise erheblich ansteigen lassen. Allein das ist schon eine sehr große Herausforderung. Darüber hinaus aber könnten die Folgen der hohen Ausgaben des Westens für den Unterhalt des Kiewer Regimes und seiner militärischen Anstrengungen immer spürbarer werden.

In dem Maße, in dem die ukrainische Staatlichkeit schwindet, wird die Aufrechterhaltung des Kampfes gegen Russland immer mehr sichtbare Direktinvestitionen der USA und ihrer Verbündeten erfordern. Bislang waren diese nicht bedrohlich. Wenn der Konflikt jedoch länger als ein Jahr andauert, werden die direkten Kosten zu einer dauerhaften Belastung für die nationalen Haushalte.

Gleichzeitig wird sich eine gewisse Müdigkeit einstellen, insbesondere bei den Europäern. Die US-Bürger werden mit der Zeit die stark präsente antirussischen Streitlust verlieren, und auch sie werden anfangen, über einen weiteren "endlosen Krieg" zu jammern.

Und das selbst dann, wenn es tatsächlich notwendig sein wird, immer mehr Berater oder Operatoren für hochentwickelte Waffensysteme in die Ukraine zu entsenden.

Und in diesem Sinne kann die Tatsache, dass Russlands Handlungen und das Schicksal der Ukraine in keiner Weise die Sicherheit der westlichen Länder selbst bedrohen, das Gegenteil von dem bewirken, was wir bisher sehen. Der sowjetische Feldzug in Afghanistan war auch nicht übermäßig belastend für die sowjetische Wirtschaft oder dramatisch in Bezug auf die militärischen Verluste – sie waren weitaus geringer als die der USA in Korea oder Vietnam. Dennoch spielte er eine dramatische Rolle für das Schicksal der späten Sowjetunion, gerade weil es sich um einen Krieg handelte, der mit nationalen Interessen, wie sie der Durchschnittsbürger verstehen kann, nichts zu tun hatte. Afghanistan war für die meisten Sowjetbürger so weit entfernt wie die Ukraine für die meisten Durchschnittsamerikaner und sogar für die Westeuropäer, die sehr wohl wissen, dass sie selbst in keiner Weise von Russland bedroht sind.

Das eigentliche Problem für den Westen könnte darin bestehen, dass der langwierige Konflikt mit Russland auf ukrainischem Territorium bei den Fragen Anklang finden wird, die den Durchschnittswähler am meisten beschäftigen. An erster Stelle stehen die seit Langem bestehenden wirtschaftlichen und sozialen Probleme in den Vereinigten Staaten und Westeuropa. Bisher versucht man mit allen Mitteln, die Aufmerksamkeit von ihnen abzulenken, doch wie die Dynamik des Interesses an den Geschehnissen in

der Ukraine zeigt, funktioniert das nicht besonders gut. Die Kosten für die Unterstützung Kiews werden aber wachsen und die inneren Probleme nicht gelöst sein. Und in etwa anderthalb Jahren könnte der "kleine und siegreiche Krieg" mit Russland zu ganz anderen Konsequenzen führen, als diejenigen jetzt denken, die ihn unvermeidlich gemacht haben.

Zur entscheidenden Voraussetzung für den langfristigen Erfolg Russlands und für den Aufbau einer wirklich gerechten internationalen Ordnung in Europa wird die anwachsende interne Krise in den westlichen Ländern.

Übersetzt aus dem [Russischen](#). Timofei Wjatscheslawowitsch Bordatschow (geboren 1973) ist ein russischer Politikwissenschaftler und Experte für internationale Beziehungen, Direktor des Zentrums für komplexe europäische und internationale Studien an der Fakultät für Weltwirtschaft und Weltpolitik der HSE Universität in Moskau. Unter anderem ist er Programmdirektor des Internationalen Diskussionsklubs Waldai.

RT DE bemüht sich um ein breites Meinungsspektrum. Gastbeiträge und Meinungsartikel müssen nicht die Sichtweise der Redaktion widerspiegeln.